

Niederschrift

**über die 24. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Finanzen und Beteiligungen am Mittwoch, 19.02.2025 um 17:00 Uhr, im
Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden) ()**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Rainer Schlottmann CDU

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang CDU

Frau Susanne Brandenburg CDU

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Ramon Kimmel CDU

Herr Kevin Buchner SPD

Herr Dominik Stöter SPD

Herr Carsten Wannhof SPD

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis 90/Die Grünen

Frau Annegret Gronemeyer Bündnis 90/Die Grünen

Herr Peter Münnich Bündnis 90/Die Grünen

Herr Thomas Remih FDP

Herr Marlon Buchholz AfD

Vertretung für Herrn
Prof.Dr. Bommermann

Herr Ralf Peter Beier BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Rohde SPD

Herr Axel Behner fraktionslos

Von der Verwaltung

Herr Dr. Claus Pommer Bürgermeister

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Herr Martin Widersprecher Kämmerer

Frau Susanne Enke Stadt Hilden

Frau Andrea Förster Stadt Hilden

Ämter

Frau Christine Kaiser Beratungs- und Prüfungsamt

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anregungen und Beschwerden
 - 2.1 Anregung nach § 24 GO NRW: Erhebung einer kommunalen Verpackungssteuer
WP 20-25 SV 20/246
- 3 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
 - 3.1 Brückenneubau Schwanenstraße / Marktstraße: Unterlagen nach § 13 KomHVO / 01
WP 20-25 SV 66/096/1
 - 3.2 Antrag Nr. 2025_12 - Bündnis 90_Die Grünen - Übergangsbegleitung Kita - Grundschule
WP 20-25 SV 40/045/1
 - 3.3 Antrag Nr. 2025_51 - FDP - Einführung Personalkostenbudget
WP 20-25 SV 10/070
 - 3.4 Antrag Nr. 2025-52 - AfD - globaler Minderaufwand
WP 20-25 SV 20/250
 - 3.5 Änderungsliste II der Verwaltung zum Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2025
WP 20-25 SV 20/247
 - 3.6 Statusbericht Investitionsmanagement Stichtag 31.12.2024
WP 20-25 SV 20/245
- 4 Anträge
 - 4.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.12.2024 - Antrag 2 zu Fragenkreis 5 des BPA-Berichtes: Controlling
WP 20-25 SV 20/240
 - 4.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.12.2024 - Antrag 3 zu Fragenkreis 27 des BPA-Berichtes: Strukturelles Defizit
WP 20-25 SV 20/241
 - 4.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2025 - Aufstellung eines Nachhaltigkeitshaushaltes
WP 20-25 SV 20/249

- 5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rm Herr Schlottmann, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Es gab keine Wünsche zur Änderung der Tagesordnung.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

1 Befangenheitserklärungen

Es wurden keine Befangenheiten zur Beratung der öffentlichen Tagesordnungspunkte erklärt.

2 Anregungen und Beschwerden

2.1 Anregung nach § 24 GO NRW: Erhebung einer kommunalen Verpackungssteuer	WP 20-25 SV 20/246
--	-----------------------

Rm Herr Bartel, Bündnis 90/Die Grünen, bat um Unterstützung für diesen Antrag und verwies auf das Urteil des BverfG. Vorbilder für eine kommunale Verpackungssteuer seien im süddeutschen Raum zu finden. Hieran könne sich die Verwaltung orientieren.

Während Rm Herr Kimmel, CDU, erklärte, es sei natürlich zu begrüßen, Müll zu vermeiden, jedoch solle dies ohne zusätzlichen Aufwand und Steuerbelastung der Gastronomen geschehen und sich Rm Herr Remih, FDP, dieser Meinung anschloss, erklärte Rm Herr Stöter, SPD, dass auch seine Fraktion den Antrag ablehnen werde, jedoch solle man dieses Thema nochmals aufgreifen, wenn vergleichbare Städte in der Nachbarschaft Erfahrungen gesammelt hätten.

Auf die Frage, des Rm Herrn Bartel, Bündnis 90/Die Grünen, wie es sich mit der Verwendung von Mehr- oder Einweggeschirr bei städtischen Veranstaltungen verhalte, erwiderte Bürgermeister Herr Dr. Pommer, dass die Stadt als Veranstalter zwar die Verwendung von Mehrweggeschirr anrege, jedoch nicht durchsetze.

Daraufhin ließ der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Antragstext:

Hiermit beantrage ich die schnelle Einführung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck auch in meiner und Ihrer Stadt.

Abstimmungsergebnis:**Mehrheitlich abgelehnt** bei:

3 Ja-Stimmen Bündnis 90/Die Grünen und
12 Nein-Stimmen CDU, SPD, FDP, AfD, BA

3 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

3.1	Brückenneubau Schwanenstraße / Marktstraße: Unterlagen nach § 13 KomHVO / 01	WP 20-25 SV 66/096/1
-----	---	-------------------------

Rm Herr Remih, FDP, erkundigte sich, wie es sich mit dem im SteA besprochenen Sperrvermerk für diese Investition verhalte. Beigeordneter Herr Stuhlträger erläuterte, dass ein solcher Sperrvermerk im SteA zwar angeregt, jedoch nicht beschlossen wurde. Heute werde nur die Aktualisierung der Kostenberechnung zum Beschluss gestellt.

Nach dem Hinweis des Rm Herrn Bartel, Bündnis 90/Die Grünen, zukünftig die Notwendigkeit zur Erstellung von Gutachten kritischer zu beurteilen, ließ der Vorsitzende über den TOP abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zum Bau der Brücke Schwanenstraße / Marktstraße mit ermittelten Kosten für die Jahre 2026 bis 2029 in Höhe von 5.921.500,00 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kostenberechnung und die Berechnung der Folgekosten zu aktualisieren und erneut zur Entscheidung vorzulegen, damit die entsprechenden Haushaltsmittel in den Haushaltsplan 2026ff aufgenommen werden können.

Abstimmungsergebnis:**Einstimmig beschlossen** bei:

14 Ja-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und
1 Enthaltung BA

3.2	Antrag Nr. 2025_12 - Bündnis 90_Die Grünen - Übergangsbegleitung Kita - Grundschule	WP 20-25 SV 40/045/1
-----	---	-------------------------

Nach einem kurzen Plädoyer von Rm Frau Gronemeyer, Bündnis 90/Die Grünen, die Bedeutsamkeit der Übergangsbegleitung betonend, wurde über die Aufhebung des Sperrvermerks abgestimmt.

Antragstext:
(bereits im Rat am 17.12.2024 mehrheitlich beschlossen)

Die Übergangsbegleitung Kita – Grundschule durch eine Fachkraft der Diakonie findet weiterhin statt.

Beschlussvorschlag für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Im Vollzug der im Rat am 17.12.2024 beschlossenen Ermächtigung hebt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nach Kenntnisnahme der Sitzungsvorlage den ebenfalls vom Rat am 17.12.2024 beschlossenen Sperrvermerk auf, so dass die Haushaltsmittel mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei:

13 Ja -Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BA und
2 Nein-Stimmen FDP, AfD

3.3 Antrag Nr. 2025_51 - FDP - Einführung Personalkostenbudget

WP 20-25 SV
10/070

Rm Herr Remih, FDP, erläuterte ausgiebig die sich aus Sicht seiner Fraktion ergebenden Vorteile aus dem vorliegenden Antrag. Dabei verwies er u.a. auch auf Erfahrungen des Kreises, welcher ein solches Personalkostenbudget eingeführt habe. Er betonte, dass die von seiner Fraktion gestellten Haushaltsanträge auf die Bildung von Schwerpunkten abziele.

Rm Herr Bartel, Bündnis 90/Die Grünen, wies auf den bereits erfolgten Beschluss zum Stellenplan hin und betonte, ein nachträgliches „Aufribbeln“ der Budgets sei nicht zielführend. Er sprach sich für eine frühzeitige Einbindung des Rates in die kommende Haushaltsplanung aus und schlage daher vor, im Ältestenrat ein Verfahren hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung abzustimmen und ggfls. einen Konsolidierungsausschuss zu bilden.

Rm Frau Brandenburg, CDU, bemerkte, dass die Verwaltung in den Ausführungen erläutert habe, dass bereits ein differenziertes Personalkostencontrolling eingeführt worden sei. Natürlich müsse man das Personalkostenbudget im Blick haben, jedoch dürfe man nicht vergessen, dass auch durch die unterschiedlichsten Anträge der Fraktionen dauerhafte Mehrkosten entstehen würden, wenn diese Anträge personelle Auswirkungen hätten. Die CDU-Fraktion habe - auch unter dem Gesichtspunkt der derzeitigen Tarifverhandlungen - Vertrauen in die Verwaltung und die von der Verwaltung dargelegte Vorgehensweise.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden wird gebeten nach Vorberatung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, wie folgt zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

Die Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2025 werden - vorbehaltlich etwaiger von außen auf die Stadt Hilden einwirkender Sondereinflüsse größeren Umfangs, die gegebe-

nenfalls durch den Rat der Stadt Hilden gesondert festzustellen sind - in Höhe der tatsächlichen Personalaufwendungen des Jahres 2024 festgesetzt.

Die Personalkosten werden ab 2025 pro Dezernat budgetiert.

Für das Haushaltsjahr 2026 erfolgt eine Ansatzsteigerung um 1%.

Um diese Ziele nachhaltig zu erreichen, wird ein Personalkostencontrolling eingeführt.

Nach Vorliegen der Jahreszahlen 2025 erstattet die Verwaltung dem Rat einen Erfahrungsbericht.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei:

2 Ja-Stimmen FDP, AfD

12 Nein-Stimmen, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und

1 Enthaltung BA

3.4 Antrag Nr. 2025-52 - AfD - globaler Minderaufwand

WP 20-25 SV
20/250

Rm Herr Buchholz, AfD, erklärte, wer möchte, dass die Stadtverwaltung weitere 2 Mio. € einsparen wolle, müsse dem Antrag zustimmen!

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Beratung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließen:

Der globale Minderaufwand wird neu auf 4 Millionen Euro € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei:

2 Ja Stimmen FDP, AfD und

13 Nein-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BA

3.5 Änderungsliste II der Verwaltung zum Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2025

WP 20-25 SV
20/247

Rm Herr Remih zeigte sich verwundert über die Liste, da man diese doch bereits beschlossen habe, worauf Beigeordneter Herr Stuhlträger erläuterte, dass es sich, wie im Namen der SV ersichtlich, um eine zweite Liste handele, in welcher Änderungen enthalten seien, die sich erst nach der Ratssitzung vom 17.12.2024 ergeben hätten (z.B. Beschluss des Kreishaushaltes und darin enthaltene Änderungen zum Entwurf).

Auf die Frage des Rm Herrn Beier, BA, ob über das Verfahren abgestimmt werde, erwiderte Beigeordneter Herr Stuhlträger, dass nicht das Verfahren zur Abstimmung stehe, sondern die Mitglieder des Ausschusses über den Inhalt der Liste beraten und abstimmen würden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt die sich aus der Anlage ersichtlichen Änderungen, die sich gegenüber dem eingebrachten Entwurf des Haushalts-

plans 2025, den dem Rat der Stadt Hilden am 17.12.2024 empfohlenen Änderungen und den darüber hinaus gehenden vom Rat am 17.12.2024 getroffenen Beschlüssen er-geben haben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Beratungsergebnis die Haushaltssatzung für das Jahr 2025 mit ihren Anlagen, einschließlich der fortgeschriebenen Ergebnis- und Finanzplanung und der fortgeschriebenen Teilpläne bis 2028, fertig zu stellen und dem Rat der Stadt Hilden erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3.6 Statusbericht Investitionsmanagement Stichtag 31.12.2024

WP 20-25 SV
20/245

Auf Nachfrage von Rm Frau Brandenburg, CDU, erläuterte Beigeordneter Herr Stuhlträger die Historie und Zeitschiene zur Maßnahme „Sanierung Außenanlagen Sekundarschule“.

Weiterhin erkundigte sich Rm Frau Brandenburg, CDU, nach dem derzeit vor dem Oberstufenzentrum platzierten blauen Klettergerüst, das aus ihrer Sicht nicht altersgerecht sei. Sie fragte nach dem Sinn und Zweck und ob es stehen bleibe.

Beigeordneter Herr Stuhlträger sicherte eine Beantwortung ihrer Fragen über die Aufnahme in das Protokoll dieser Sitzung zu.

Zur Beantwortung der Fragen wurde im Nachgang zur Sitzung folgendes mitgeteilt:

*Als Teil der Neugestaltung der Außenflächen zwischen dem Neubau des Oberstufenzentrums und der Marie-Colinet-Schule ist die Errichtung einer Seilkletteranlage vorgesehen. Dieser Bereich des Schulhofes liegt zwischen dem südlichen Eingang der Marie-Colinet-Schule und dem Zugang zur im Gebäude des Oberstufenzentrums angesiedelten Campus-OT Holterhöfchen. Neben einem Basketballspielfeld dient dieses Großspielgerät als Außen-spielbereich für Schülerinnen und Schüler der Marie-Colinet-Schule (Klassenstufen 5 bis 10) sowie für die in der Regel gleichaltrigen Besucher*innen der OT.*

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nahm den Statusbericht zum Investitionsmanagement zum 31.12.2024 zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Hilden:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt den Statusbericht zum Investitionsmanagement zum 31.12.2024 zur Kenntnis.

4 Anträge

4.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.12.2024 - Antrag 2 zu Fragen-kreis 5 des BPA-Berichtes: Controlling

WP 20-25 SV
20/240

Rm Herr Remih, FDP, sprach sich für eine zügige Fortschreibung der Beteiligungsrichtlinie für den Stadtkonzern sowie für den Aufbau eines strategischen Controllings aus.

Rm Herr Beier, BA, sprach sich grundsätzlich für den Antrag der FDP-Fraktion aus, schlug jedoch eine Änderung des Antragstextes vor, um aus der Bitte eine Verpflichtung mit zeitlicher Vorgabe zu machen.

Rm Herr Remih, FDP, stimmte den Änderungsvorschlägen des Herrn Beier zu, worauf der Vorsitzende über den geänderten Antragstext abstimmen ließ.

Geänderter Antragstext: (Änderungen sind rot hinterlegt)

Antrag 2 zu Fragenkreis 5 des BPA-Berichtes: Controlling

Die Verwaltung wird ~~gebeten~~ **beauftragt, bis zum 30.09.2025** einen Fahrplan vorzulegen, aus dem hervorgeht, bis wann die 2019 konzipierte Reorganisation des Controllings vollständig umgesetzt sein wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei:

3 Ja-Stimmen FDP, AfD, BA,

9 Nein-Stimmen CDU, SPD und

3 Enthaltungen Bündnis 90/Die Grünen

4.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.12.2024 - Antrag 3 zu Fragenkreis 27 des BPA-Berichtes: Strukturelles Defizit

WP 20-25 SV
20/241

Rm Herr Remih, FDP, hob an dieser Stelle nochmals die Wichtigkeit des strategischen Controllings im Stadtkonzern hervor, um das strukturelle Defizit zu verringern.

Rm Herr Beier, BA, führte aus, dass seine Fraktion auch diesen Antrag der FDP-Fraktion unterstütze, aber auch hier eine schärfere Formulierung bevorzuge, so dass die Verwaltung *nicht gebeten sondern dringend beauftragt werde, die Sätze 2 und 3 gestrichen werden sollten* und im letzten Satz - nach klarstellender Frage des Ausschussvorsitzenden - das Wort *wenigstens* durch *höchstens* ersetzt werden solle.

Auch diesem Änderungsvorschlag stimmte Rm Herr Remih, FDP, zu.

Während Rm Herr Bartel, Bündnis 90/Die Grünen, sich nochmals dafür aussprach das Vorgehen zum Thema Haushaltskonsolidierung im Ältestenrat zu besprechen, mahnte Rm Herr Beier, BA, das Thema nicht weiter vor sich herzuschieben.

Rm Herr Remih, FDP, hob hervor, dass seine Fraktion mit den Anträgen eine parteiübergreifende Diskussion hinsichtlich der Priorisierung der zur Verfügung stehenden Mittel anstoßen wolle, was Rm Herr Stöter, SPD, grundsätzlich als sinnig betrachte. Die Festlegung einer Summe, wie im vorliegenden Antrag, sei jedoch nicht zielführend, wenn die von der Verwaltung erarbeiteten Vorschläge zum Erreichen dieser Vorgabe wie zuletzt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abgelehnt würden. Er lehne einen globalen Beschluss daher ab.

Rm Herr Kimmel, CDU, stimmte den Ausführungen von Herrn Stöter zu. Seine Fraktion störe sich insbesondere an der Formulierung „*die Verwaltung wird gebeten*“, da sich der Kämmerer im letzten Jahr sehr angestrengt habe, die Sparvorgaben im Haushaltsplanentwurf umzusetzen.

Der Entwurf sei jedoch durch die Politik so „zerpflückt“ worden, dass von den vorgeschlagenen Sparvorschläge sowie den angestrebten Einnahmen nicht mehr viel übrig geblieben sei

und man aktuell keinen Haushalt habe. Die Politik müsse zusammen mit der Verwaltung die Dinge angehen und dürfe nicht wieder ein Sammelsurium von kleinteiligen Befindlichkeiten erstellen.

Rm Frau Gronemeyer, Bündnis 90/Die Grünen, wies ausdrücklich darauf hin, dass die im Erläuterungstext zum Antrag genannten Transferaufwendungen mit den Beispielen Jugendhilfe und Betriebskostenzuschüsse ausgesprochen problematische Beispiele seien, zudem es sich auch um viele Pflichtaufgaben handele und man oft keinen Einfluss darauf habe.

RM Herr Remih, FDP, fasste zusammen, dass seine Fraktion keinesfalls kleinteilig agieren wolle. Gerade im Hinblick auf die thematische Überschneidung vieler Anträge wolle er gerne in Gesprächen mit allen anderen strukturell einen „möglichst großen Blumenstrauß“ entwickeln, um den Haushalt zu sanieren.

Auf Nachfrage des Rm Herrn Bartel, Bündnis 90/Die Grünen, sicherte Herr Bürgermeister Dr. Pommer zu, dass er kurzfristig nach Verabschiedung des Haushaltes 2025 mit einem entsprechenden Vorschlag für ein „Format“ auf die Ratsfraktionen zukommen werde.

Daraufhin ließ der Vorsitzende über den geänderten Antragstext abstimmen.

Geänderter Antragstext: (Änderungen sind rot hinterlegt)

Antrag 3 zu Fragenkreis 27 des BPA-Berichtes: Strukturelles Defizit

Die Verwaltung wird **gebeten dringend beauftragt**, das strukturelle Defizit dahingehend aufzulösen, indem sie Vorschläge ausarbeitet, die in der mittelfristigen Finanzplanung zu einer signifikanten Verringerung des Haushaltsdefizites führen. ~~Aktuell wird in der vorliegenden mittelfristigen Haushaltsplanung das Defizit kontinuierlich weiter erhöht und nicht verringert. Ohne Berücksichtigung des globalen Minderaufwandes beläuft sich per 10.12.2024 das prognostizierte Defizit in 2024 auf 16.9 Mio. € und wird bis 2028 37.8 Mio. erreichen.~~ Ziel muss es sein in 2028 ein Defizit von **wenigstens höchstens** -10.0 Mio. zu erzielen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei:

3 Ja-Stimmen FDP, AfD, BA und

12 Nein-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

4.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2025 - Aufstellung eines
Nachhaltigkeitshaushaltes

WP 20-25 SV
20/249

Rm Herr Remih, FDP, erläuterte, dass der Stadt Hilden ein Leitbild fehle. Nachhaltigkeit heiße Priorisierung, eine Festlegung von Schwerpunkten wofür das Geld ausgegeben werde.

Darauf stellte Rm Frau Gronemeyer, Bündnis 90/Die Grünen, klar, dass das Wort Nachhaltigkeitshaushalt bereits mit einem Inhalt belegt sei, welcher wenig mit dem zu tun habe, was die FDP-Fraktion im Sinne habe. Wenn hier ein ausgeglichener Haushalt gemeint sei, wäre die Begrifflichkeit insofern sehr irreführend, da sie mit all den Dingen, die mit Klimawandel, Klimaschutz usw. zusammenhängen, nichts zu tun hätten.

Antragstext:

Der Rat wird gebeten unter Vorberatung im Hauptausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen folgendes zu beschließen:

Die Stadtverwaltung wird gebeten einen sog. Nachhaltigkeitshaushalt für das Jahr 2026ff aufzustellen und diesen dem Rat bis spätestens zur Ratssitzung am 09. Juli 2025 zur Abstimmung vorzulegen.

Der Nachhaltigkeitshaushalt beinhaltet folgende Punkte:

- Eine Budgetplanung pro Dezernat auf Basis von Projekten und den dazugehörigen Personalkosten sowie Einnahmen und Ausgaben;
- eine Priorisierung der einzelnen Projekte pro Dezernat;
- sowie ein begleitendes Finanzcontrolling.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei:

2 Ja-Stimmen FDP, AfD und

13 Nein-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BA

5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Rm Herr Beier, BA, erkundigte sich nach dem Stand der Aufstellung des Gesamtabchlusses.

Kämmerer Herr Widersprecher führte aus, dass der Auftrag zur Erstellung des Gesamtabchlusses an die Fa. Eversheim Stuible vergeben worden sei. Aufgrund der personellen Situation im Bereich des Beteiligungsmanagements sei der Auftrag von „Begleitung bei der Erstellung“ auf „Erstellung des Gesamtabchlusses“ erweitert worden. Ziel sei der 31.07.2025.

Auf Nachfrage des Rm Herrn Beier, BA, wer die Maßnahme prüfe, entgegnete Kämmerer Herr Widersprecher, dass dies das BPA übernehme.

Ende der Sitzung: 18:08 Uhr

Rainer Schlottmann / Datum
Vorsitzender

Andrea Förster / Datum
Schriftführerin

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter